

Unigelände als Flüchtlingsunterkunft? Uni und Senat im Streit

„Wie reagiert die Freie Universität Berlin auf den geplanten Bau von Flüchtlingscontainern auf dem Unigelände? Proteste brechen aus, während der Senat weitere Maßnahmen plant. Erfahren Sie alle Details hier.“

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem sorgt derzeit für Kontroversen, da der Senat plant, dort ein Containerdorf für 260 Flüchtlinge zu errichten. Die Freie Universität (FU) protestiert gegen diese Pläne, da sie dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung bauen möchte. Die Uni fühlt sich übergangen, da sie erst aus den Medien von den Senatsplänen erfuhr. Der Präsident der FU betonte, dass die Hochschulleitung dieser Maßnahme nicht zugestimmt habe. Die Uni zeigte jedoch ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung von geflüchteten Menschen, solange dies mit ihren eigenen Bauplänen vereinbar ist.

Die FU wies darauf hin, dass sie bereits in der Vergangenheit kurzfristige Unterstützung bei der Unterbringung von Flüchtlingen geleistet habe, aber darauf hinwies, dass die Fläche ab 2023 für eigene Baumaßnahmen benötigt wird. Die Uni schlug vor, dass benachbarte Gebäude, die bereits leerstehen, als Alternative genutzt werden könnten. Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat betonte, dass solange das Grundstück brachliegt, es für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden könnte, bis das neue Gebäude entsteht. Die Entscheidung darüber steht jedoch noch aus.

Ende März beschloss der Senat 16 weitere Containerdörfer, um

dem Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Trotz Widerständen wurden Standorte in verschiedenen Bezirken festgelegt, wobei die meisten im Ostteil der Stadt geplant sind. Diese Maßnahmen sollen verhindern, dass Flüchtlinge lange in Notunterkünften wie den früheren Flughäfen Tegel und Tempelhof ausharren müssen. Einige Stadtteile reagieren jedoch skeptisch auf die Errichtung von Containerdörfern in ihrer Nähe.

Im Internet wird über den Widerstand der FU diskutiert, wobei einige Nutzer die Uni kritisieren und fordern, dass sie ihren Parkplatz vorübergehend für die Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung stellt. Andere werfen der Uni vor, dass ihre progressive Fassade bei direkter Betroffenheit schnell bröckelt. Diese Diskussion zeigt die Uneinigkeit in der Bevölkerung über die beste Vorgehensweise bei der Unterbringung von Geflüchteten und die Rolle von Bildungseinrichtungen in diesem Prozess.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de